

Außenansicht

Wer in den letzten Wochen in französischen und deutschen Zeitungen blätterte, fühlte sich an ein Wörterbuch für Taubstumme erinnert. Von *volontarisme*, *gouvernement économique*, *refondation du capitalisme mondial* und *fonds commun européen* schrieben die einen. Die anderen dagegen erwähnten: Chefsache, Mangel an Disziplin, Subsidiarität und Nettozahler. Bedeutet der deutsch-französische Ministerrat Anfang der Woche in Paris eine Wende zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der Nachbarn? Wenn ja, umso besser. Doch die alten Reflexe sind gegenwärtig.

Deutschland und Frankreich: Sie bleiben, was sie sind. Das kann man beklagen, aber man darf auch darüber lachen. Brüssel gelingt es offensichtlich nicht, die Europäer nach europäischem Vorbild zu formatieren und schon gar nicht, vorbildhafte Europäer zu produzieren.

Worin besteht politische Macht? Darüber gehen die Meinungen in unseren Ländern auseinander. In Krisenzeiten zählt in Frankreich die Reaktionsfähigkeit des Chefs. Wenn es brennt, muss er einem Feuerwehr-Kapitän gleich schnell und effizient die Flammen löschen. Er liebt es regelrecht, mit der Sirene und der großen Leiter des Löschzuges zu spielen. Ob die Krise zwischen Russland und Georgien oder die der Banken: Die französische EU-Präsidentschaft hat mit die-

Außenansicht

Die Grille und die Ameise

Frankreich prescht voran, Deutschland zögert – das erschwert das Krisenmanagement für Europa

Von Sylvie Goulard

ser Feuerwehr-Strategie die schwierige Lage immerhin gut gemeistert. Und wenn so die EU ausnahmsweise einmal auch noch den Rest der Welt auf sich aufmerksam gemacht hat, dann ist das eine gute Nachricht.

Deutschland dagegen wirkte wie zurückgenommen, stets zweifelnd. Berlin hat zuletzt die französische Präsidentschaft unterstützt, aber ohne große Begeisterung. Sicher erschwert die große Koalition – die deutsche Form der Kohabitation – ein kraftvolles Vorgehen. Doch der deutsch-französische Unterschied ist auch ein prinzipieller: In Deutschland zeichnet sich ein guter Chef weniger durch seinen Mut als durch seine Fähigkeit aus, einen Konsens herbeizuführen. Wie ein Architekt muss er im Team bauen und ein dauerhaftes Werk schaffen.

Wer hat die richtige Strategie für Europa? Keiner von beiden allein. Europas Führung muss sowohl reagieren als auch kollektiv regieren. Diese Art der Führung muss noch erfunden werden.

Die meisten Franzosen wünschen sich die EU als eine globale Macht. Sie wollen daher nicht die zögerliche Politik Deutschlands akzeptieren, wo allzu oft die Interessen der Länder die des Bundes und der EU dominieren. Das nervt Deutschlands Partner in Europa, zu Recht. Im Falle des deutsch-französischen Ministerrats hat man wieder einmal Innovation und Wettbewerb beschworen. Das ist nicht falsch, es geht in die richtige Richtung. Die EU muss ihre Ziele immer wieder neu definieren. Doch was bedeuten Innovation und Wettbewerb? Was längst als „Strategie von Lis-

sabon“ von der Union beschlossen wurde, ist bestenfalls bruchstückhaft umgesetzt. Um welche konkreten Inhalte soll es denn gehen? Wie viel Geld ist man bereit auszugeben? Aus Mangel an gemeinsamer Politik sind die Antworten bisher vage geblieben. Genauso wie niemand weiß, ob der Konjunkturplan der Kommission die Summe nationaler Programme sein soll, bei der jeder seine Schubladen ausleert, oder aber tatsächlich eine neue Anstrengung bedeutet.

Europa erinnert zunehmend an die Fabel der Grille und der Ameise: Die Akteure singen so laut wie die Grille und sie handeln so reflexartig wie die Ameise. Zugegeben, Deutschlands Misstrauen gegenüber dem Mangel an Budgetdisziplin in Paris ist berechtigt. Doch die rein buchhalterische Politik Berlins führt nicht weiter. Auch Deutschland profitiert doch weitaus mehr von der EU als sich in Rückzahlungen aus dem Brüsseler Budget bemessen lässt. Auch wenn Lastenverteilung und solide Haushaltsführung goldene Prinzipien europäischer Politik sein müssen, sollte Deutschland sich gelegentlich daran erinnern, dass Frankreich und Italien inzwischen eine erhebliche Mehrbelastung tragen. Ein Prozent unseres Reichtums für all das, was Europa uns schenkt – zum Beispiel eine gemeinsame Währung, Stabilität und Frieden – ist sicher kein zu hoher Preis. Für die Rettung einer Handvoll schlecht geführter Banken wie der Hypo

Real Estate wird Deutschland letztendlich fast so viel ausgeben wie für das gesamte EU-Jahresbudget.

Hören wir auf, die immer gleich Szene des alten Ehepaares zu spielen. Der Mangel an Respekt gegenüber den Kriterien des Stabilitätspaktes hat mit Sicherheit der Glaubwürdigkeit Frankreichs geschadet. Paris hat sein Wort gebrochen, und viele Franzosen bereuen das bitter. Dass Paris statt strukturelle Reformen im eigenen Land einzuleiten auf eine „Wirtschaftsregierung“ Europas setzte, bedeutet aber keinesfalls, dass diese in Krisenzeiten nicht sinnvoll wäre. Wenn die Rezession droht, bedarf es einer aktiven, antizyklischen Politik. Gordon Brown und Barack Obama haben beide gezeigt, dass sie flexibel handeln. Auch in diesem Punkt liegt die Lösung in einer Mischung deutscher und französischer



Sylvie Goulard ist Präsidentin der „Europäischen Bewegung Frankreich“. Sie lehrt am Europa-Kolleg in Brügge sowie am Pariser Institut „Sciences Po“. Übersetzung: Jeanne Rubner Foto: oh

Traditionen: in der Logik langfristiger wirtschaftlicher Disziplin und einer flexiblen, kurzfristigen Reaktion.

Nicht zuletzt müssen die Bürger davon überzeugt werden, dass Europas Institutionen einen legitimen Handlungsanspruch besitzen. Deutschland sollte zu seiner traditionellen Rolle als Verteidiger der Institutionen zurückfinden. Denn der französische Vorschlag einer Wirtschaftsregierung krankt an demokratischer Legitimation. Wem müsste eine solche Wirtschaftsregierung Rechenschaft ablegen? Wer würde sie kontrollieren? Von allen europäischen Organen ist der von den Franzosen so geschätzte Rat am gefährlichsten: Wenn jeder Regierungschef mehr oder weniger verantwortlich vor seinem Parlament ist, dann ist dieser Rat nur ein Direktorium, das unter Missachtung von Transparenz fernab der Bürger arbeitet.

Statt sich an der Kommission abzuarbeiten und Deutschland gegen das „Diktat von Brüssel“ schützen zu wollen, wie Angela Merkel jetzt in Paris sagte, sollte die Bundeskanzlerin gegen die tatsächlichen Angriffe auf die Demokratie kämpfen. Und sie sollte Frankreich helfen zu verstehen, dass die Europäische Union weit mehr ist als eine diplomatische Angelegenheit einiger weniger Politiker. Wie sagte Jean Monnet: „Nichts entsteht ohne die Menschen, nichts ist von Dauer ohne die Institutionen.“

Wer in den letzten Wochen in französischen und deutschen Zeitungen blätterte, fühlte sich an ein Wörterbuch für Taubstumme erinnert. Von *volontarisme*, *gouvernement économique*, *refondation du capitalisme mondial* und *fonds commun européen* schrieben die einen. Die anderen dagegen erwähnten: Chefsache, Mangel an Disziplin, Subsidiarität und Nettozahler. Bedeutet der deutsch-französische Ministerrat Anfang der Woche in Paris eine Wende zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der Nachbarn? Wenn ja, umso besser. Doch die alten Reflexe sind gegenwärtig.

Deutschland und Frankreich: Sie bleiben, was sie sind. Das kann man beklagen, aber man darf auch darüber lachen. Brüssel gelingt es offensichtlich nicht, die Europäer nach europäischem Vorbild zu formatieren und schon gar nicht, vorbildhafte Europäer zu produzieren.

Worin besteht politische Macht? Darüber gehen die Meinungen in unseren Ländern auseinander. In Krisenzeiten zählt in Frankreich die Reaktionsfähigkeit des Chefs. Wenn es brennt, muss er einem Feuerwehr-Kapitän gleich schnell und effizient die Flammen löschen. Er liebt es regelrecht, mit der Sirene und der großen Leiter des Löschzuges zu spielen. Ob die Krise zwischen Russland und Georgien oder die der Banken: Die französische EU-Präsidentschaft hat mit die-

Außenansicht

Die Grille und die Ameise

Frankreich prescht voran, Deutschland zögert – das erschwert das Krisenmanagement für Europa

Von Sylvie Goulard

ser Feuerwehr-Strategie die schwierige Lage immerhin gut gemeistert. Und wenn so die EU ausnahmsweise einmal auch noch den Rest der Welt auf sich aufmerksam gemacht hat, dann ist das eine gute Nachricht.

Deutschland dagegen wirkte wie zurückgenommen, stets zweifelnd. Berlin hat zuletzt die französische Präsidentschaft unterstützt, aber ohne große Begeisterung. Sicher erschwert die große Koalition – die deutsche Form der Kohabitation – ein kraftvolles Vorgehen. Doch der deutsch-französische Unterschied ist auch ein prinzipieller: In Deutschland zeichnet sich ein guter Chef weniger durch seinen Mut als durch seine Fähigkeit aus, einen Konsens herbeizuführen. Wie ein Architekt muss er im Team bauen und ein dauerhaftes Werk schaffen.

Wer hat die richtige Strategie für Europa? Keiner von beiden allein. Europas Führung muss sowohl reagieren als auch kollektiv regieren. Diese Art der Führung muss noch erfunden werden.

Die meisten Franzosen wünschen sich die EU als eine globale Macht. Sie wollen daher nicht die zögerliche Politik Deutschlands akzeptieren, wo allzu oft die Interessen der Länder die des Bundes und der EU dominieren. Das nervt Deutschlands Partner in Europa, zu Recht. Im Falle des deutsch-französischen Ministerrats hat man wieder einmal Innovation und Wettbewerb beschworen. Das ist nicht falsch, es geht in die richtige Richtung. Die EU muss ihre Ziele immer wieder neu definieren. Doch was bedeuten Innovation und Wettbewerb? Was längst als „Strategie von Lis-

sabon“ von der Union beschlossen wurde, ist bestenfalls bruchstückhaft umgesetzt. Um welche konkreten Inhalte soll es denn gehen? Wie viel Geld ist man bereit auszugeben? Aus Mangel an gemeinsamer Politik sind die Antworten bisher vage geblieben. Genauso wie niemand weiß, ob der Konjunkturplan der Kommission die Summe nationaler Programme sein soll, bei der jeder seine Schubladen ausleert, oder aber tatsächlich eine neue Anstrengung bedeutet.

Europa erinnert zunehmend an die Fabel der Grille und der Ameise: Die Akteure singen so laut wie die Grille und sie handeln so reflexartig wie die Ameise. Zugegeben, Deutschlands Misstrauen gegenüber dem Mangel an Budgetdisziplin in Paris ist berechtigt. Doch die rein buchhalterische Politik Berlins führt nicht weiter. Auch Deutschland profitiert doch weitaus mehr von der EU als sich in Rückzahlungen aus dem Brüsseler Budget bemessen lässt. Auch wenn Lastenverteilung und solide Haushaltsführung goldene Prinzipien europäischer Politik sein müssen, sollte Deutschland sich gelegentlich daran erinnern, dass Frankreich und Italien inzwischen eine erhebliche Mehrbelastung tragen. Ein Prozent unseres Reichtums für all das, was Europa uns schenkt – zum Beispiel eine gemeinsame Währung, Stabilität und Frieden – ist sicher kein zu hoher Preis. Für die Rettung einer Handvoll schlecht geführter Banken wie der Hypo

Real Estate wird Deutschland letztendlich fast so viel ausgeben wie für das gesamte EU-Jahresbudget.

Hören wir auf, die immer gleich Szene des alten Ehepaares zu spielen. Der Mangel an Respekt gegenüber den Kriterien des Stabilitätspaktes hat mit Sicherheit der Glaubwürdigkeit Frankreichs geschadet. Paris hat sein Wort gebrochen, und viele Franzosen bereuen das bitter. Dass Paris statt strukturelle Reformen im eigenen Land einzuleiten auf eine „Wirtschaftsregierung“ Europas setzte, bedeutet aber keinesfalls, dass diese in Krisenzeiten nicht sinnvoll wäre. Wenn die Rezession droht, bedarf es einer aktiven, antizyklischen Politik. Gordon Brown und Barack Obama haben beide gezeigt, dass sie flexibel handeln. Auch in diesem Punkt liegt die Lösung in einer Mischung deutscher und französischer



Sylvie Goulard ist Präsidentin der „Europäischen Bewegung Frankreich“. Sie lehrt am Europa-Kolleg in Brügge sowie am Pariser Institut „Sciences Po“. Übersetzung: Jeanne Rubner Foto: oh

Traditionen: in der Logik langfristiger wirtschaftlicher Disziplin und einer flexiblen, kurzfristigen Reaktion.

Nicht zuletzt müssen die Bürger davon überzeugt werden, dass Europas Institutionen einen legitimen Handlungsanspruch besitzen. Deutschland sollte zu seiner traditionellen Rolle als Verteidiger der Institutionen zurückfinden. Denn der französische Vorschlag einer Wirtschaftsregierung krankt an demokratischer Legitimation. Wem müsste eine solche Wirtschaftsregierung Rechenschaft ablegen? Wer würde sie kontrollieren? Von allen europäischen Organen ist der von den Franzosen so geschätzte Rat am gefährlichsten: Wenn jeder Regierungschef mehr oder weniger verantwortlich vor seinem Parlament ist, dann ist dieser Rat nur ein Direktorium, das unter Missachtung von Transparenz fernab der Bürger arbeitet.

Statt sich an der Kommission abzuarbeiten und Deutschland gegen das „Diktat von Brüssel“ schützen zu wollen, wie Angela Merkel jetzt in Paris sagte, sollte die Bundeskanzlerin gegen die tatsächlichen Angriffe auf die Demokratie kämpfen. Und sie sollte Frankreich helfen zu verstehen, dass die Europäische Union weit mehr ist als eine diplomatische Angelegenheit einiger weniger Politiker. Wie sagte Jean Monnet: „Nichts entsteht ohne die Menschen, nichts ist von Dauer ohne die Institutionen.“